

#320 Verlegenheiten

#335 Was mit Zukunftsrhetorik alles zuge-
deckt wird

Zukunft da, Zukunft dort, Zukunft überall. So viel Zukunft war noch nie. Gebt der Zukunft eine Chance. Der Banalitäten ist kein Ende. Es geht dabei natürlich auch um die Zukunft von Wissenschaft und Forschung, um die Zukunft Deutschlands, Österreichs oder Italiens, um die Zukunft Europas, um die Zukunft der Arbeitsplätze, um die Zukunft der Kirche, aber vor allem um die Zukunft schlechthin. Alle beschwören sie: die einen ängstlich, als ob ihre eigene Existenz auf dem Spiel stünde; die anderen mit gespielter oder je nachdem auch geballtem Selbstbewußtsein („Wir bauen die Zukunft“); die Dritten mit moralischem Unterton als die in Frage stehende Zukunft der nächsten Generation, deren Lebensgrundlagen und Lebensbedingungen.

Alle bemächtigen sich der Zukunft auf je ihre Weise: die berufsmäßigen Prognostiker, die demoskopischen Wahrsager, die Analysten, Designer und natürlich die Wahlkämpfer. Die einen kurzatmig, die anderen angestrengt den Blick weit nach vorne gerichtet; die einen schon Bilder zeichnend mit klaren Umrissen. Sie wissen genau, wie im Jahre 2010 oder 2020 gelebt, gearbeitet und gestorben wird. Die anderen im Nebel stochernd, sich vortastend, um das eigene Überleben gesellschaftlich als Institution, physisch als Person, ökologisch als Menschheit besorgt.

An Jahreswenden läuft sich die Konjunktur solcher Zukunftsbeschwörungen besonders gerne warm. Und die nächste Jahrtausendwende ist auch nicht mehr weit, da sollte man sich über den Zwang futurologischen Redens und Beschwörens nicht wundern. Oder doch?

Da ist einmal die menschheitsgeschichtlich großräumige Tatsache, daß

unser eigenes Tun uns immer mehr auch zum eigenen Schicksal wird. Man wird zwar in eine so und so beschaffene Welt hineingeboren, aber Dasein wird nicht mehr erfahren als göttliche Fügung oder als unabweisbares Faktum, sondern als Auftrag, sich die Lebensbedingungen selbst zu schaffen. Die Kräfte der Selbstgestaltung wachsen ins Unendliche, das Leben des einzelnen wird zum Planungsprojekt und -objekt, die Menschheit nimmt sich selbst in die Hand. Zukunft wird sozusagen und wenigstens in bescheidenen Dimensionen *verfügbar*. Zukunft wird so gewissermaßen allgegenwärtig; es muß also von ihr geredet werden.

Es fällt freilich ein abrupt, wenn auch offensichtlich unspektakulär vor sich gegangener Wechsel auf. Hochgestochen würde man von einem Paradigmenwechsel sprechen. Schon in den siebziger und erst recht in den achtziger Jahren waren die öffentlichen Rasonnements voll von „Posts“ und „Nachs“. Die Berufsanalytiker überschlugen sich mit Expertisen über die postindustrielle Gesellschaft, über das nachchristliche Zeitalter, über die Postmoderne. Die kollektiven Ahnungen des Vergehens bestimmten den öffentlichen Diskurs. Die letzten aufgeklärten Lebensretter der Moderne à la *Jürgen Habermas* taten, teilweise neue Bündnisse mit alten Traditionsträgern schließend, ihr mühsames Werk; Aufklärung und Christentum entdeckten lange uneingestandene Gemeinsamkeiten gegen die infantilen Beliebigkeiten postmoderner Destruktoren ordnender Vernunft.

Und jetzt nichts mehr davon – weder von Moderne noch von Postmoderne, sondern einfach Zukunft, zur Zukunft entschlossen über alle Unübersichtlichkeiten hinweg? Die rhetorische Kulissenschieberei mit Zukunftspapieren wirkt bei näherem Hinsehen allerdings höchst verdächtig. Was als Zukunft verkauft wird, erweist sich fast durch die Bank als Verlegenheitsgeschäft – vor allem, wo es um Politik, Staat und Gesellschaft geht.

Eine Überfülle von Problemen reibt sich an einer *höchst geringen Fähigkeit*

zu Problemlösungen. Die Sicht nach vorne verheißt nur vage Versprechungen. Trotz rasanter Beschleunigung der Wissensvermehrung und der ständig sich überstürzenden technischen Erfindungen bleibt wahre Erkenntnis Glückssache. Die Interessen, in einer Vielzahl von Subsystemen bestens organisiert, sind so ineinander verschachtelt, daß sie bewegungsunfähig geworden sind und auch das überzeugendste Argument totgeschlagen wird, bevor es konkretere Reformgestalt annehmen kann. Das von den deutschen Gewerkschaften vorgeschlagene „Bündnis für Arbeit“ ist ein eklatantes Beispiel dafür. Die Folgen und Folgewirkungen von Entscheidungen sind kaum überschaubar, Politik, selbst Kirchenpolitik, wird zum Reparaturbetrieb. Die Konsensbildung geht durch ein Labyrinth von Irr- und Umwegen. Da macht es sich gut, alles hinter sich zu lassen und schlicht nur noch von Zukunft zu reden.

Zukunftsrhetorik also als eine mehr oder weniger elegante Flucht nach vorne, als Entscheidungsersatz in dem Maße, in dem man entscheidungsunfähig geworden ist?

Vermutlich ist das noch nicht alles. Die um sich greifende Zukunftsrhetorik deckt noch andere Fluchtbewegungen verbal zu: die Flucht vom Menschen ins System, von der Person in die Institution, vom greifbaren Subjekt in die Abstraktion. Man redet schon auch von der Zukunft der Hirnforschung, von der Zukunft des Parlamentarismus, von der Zukunft der Kernindustrie, aber vor allem und einfach von *der Zukunft*. Der Zukunftsbegriff klingt so seltsam abstrakt und ist zugleich verborgen totalitär. Die Systeme und Institutionen werden nicht nur zum Ort, sondern zugleich zum primären, wenn nicht ausschließlichen Ziel ihrer Gestaltung. Menschen dienen vorwiegend als verplanbares Systembaumaterial. Individualität und Subjektivität, die sich privat so schön ausleben können, werden öffentlich und gesellschaftlich durch Systeme und Institutionen aufgesaugt. Folgerichtig spricht man zum Beispiel auch kaum noch von der Zukunft der Chri-

sten, auch nicht von der Zukunft des Christentums, sondern fast nur noch von der Zukunft der Kirche oder der Kirchen. Die Institution Kirche tritt auch über das Medium Zukunft klammheimlich an die Stelle des glaubenden Subjekts.

Es ist Zeit, unsere Rhetoriker wieder auf das Maß schlichter menschlicher Zustände zu bringen, dann lassen sich auch Reformen leichter in Gang setzen. se

Auf Bewährung

27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt

Auschwitz – kein anderer Begriff symbolisiert wie dieser die Schuld der Deutschen; der Name des Zwangsarbeits- und Vernichtungslagers in der Nähe von Krakau ist zum Symbolwort für den Judenmord, zur Chiffre für den Holocaust überhaupt geworden. Erst die grauenvollen Bilder aus Auschwitz zeigen das wahre Gesicht des nationalsozialistischen Regimes. Auschwitz ist zum Synonym geworden für das, was der Mensch dem Menschen antun kann. Von der (Medien-)Öffentlichkeit fast unbemerkt hat Bundespräsident Roman Herzog kurz nach der Jahreswende den Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee, den 27. Januar, zum „Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt. Er hat damit auch einen Wunsch erfüllt – Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte bei der Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen im April letzten Jahres die Einrichtung eines Gedenktages vorgeschlagen.

Sieht man einmal davon ab, daß ein solcher Gedenktag den Deutschen schon sehr viel früher gut angestanden hätte, war der Zeitpunkt für diese stille, aber damit auch sehr entschiedenen wirkende Proklamation überaus günstig: Nicht in, sondern nach dem

Jahr 1995, dem Marathon des Gedenkens, Erinnerns, Feierns, aber auch der teilweise würdelosen Debatten über das rechte Maß des Erinnerns und der Warnung vor dem Zuviel. Herzog begründete seine Entscheidung mit dem Hinweis, die Erinnerung dürfe nicht enden, auch künftige Generationen müßten durch sie zur Wachsamkeit gemahnt werden.

Lag aber die geringe Resonanz auf den neuen Gedenktag nicht schon möglicherweise in einem Erinnerungsüberdruß, in einer Gedenkjahrmüdigkeit, die immer den gefährlichen Wunsch in sich trägt, nachdem man das Gedenken pflichtschuldig und schuldbewußt abgehakt hat, endlich zur Tagesordnung übergehen zu dürfen? Wenn die Proklamation kurz vor dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizmann, der ihn auch in das Lager Sachsenhausen führte, als kleiner symbolischer Willkommensgruß gewertet wurde, ist dies sicherlich nicht von Schaden.

Die Wahl des 27. Januar aber besitzt, gerade weil der Name Auschwitz in diesem Maße zum Symbol geworden ist, eine kaum zu hinterfragende Plausibilität, scheint zugleich Ausdruck großer Sensibilität. Erinnert man sich etwa an die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der „Neuen Wache“ in Berlin, darf man fast froh sein, daß keine längeren Diskussionen, zumindest nicht nach bestimmten Öffentlichkeitsritualen vollzogen, der Entscheidung vorangegangen sind. Schräge Töne gab es – Gott sei Dank – keine. Hätte etwas mehr Aufregung aber nicht doch auch ihr Gutes gehabt?

Die Einführung des Gedenktages erfolgt auf Bewährung. Mit der Wahl dieses Datums hat sich Deutschland selbst einen Anspruch auferlegt, dem es erst gerecht werden muß. Ob es sich aber der Ernsthaftigkeit dieses Tages gestellt hat, beispielsweise der Tag im Leben des Landes und seiner Bevölkerung tatsächlich verankert wurde, wird sich erst nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren sagen lassen. Diesen Tag zu einem der vielen Gedenk- und Mahntage schrumpfen zu lassen – dies wäre

schlimmer als hätte es ihn nie gegeben. Es mag dabei viele Möglichkeiten des peinlichen Scheiterns geben: lustlos abgefeierte Trauerrituale, Wichtigtueri oder die Überlagerung des Tages von bestimmten politisch-gesellschaftlichen Interessen und Absichten, die Verzweckung des Erinnerns im tagespolitischen Alltagsgeschäft. Dem Bundespräsidenten, der kurz nach seiner Wahl nach Israel reiste, um die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Israel und Deutschland gerade auch gegenüber der eigenen Nation unmißverständlich zu unterstreichen, wird man bei dieser Skepsis durchaus verantwortungs- und zugleich stilvolle „Produkthaftung“, Sorge um den von ihm proklamierten Gedenktag zutrauen dürfen.

Bewähren muß sich Deutschland gegenüber diesem Tag nicht nur im öffentlichen Trauerritual. Die um ein nicht verzwecktes Erinnern verdiente Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste etwa, aber auch einige der Kommentare wiesen darauf hin: Die Ernsthaftigkeit des Gedenkens werde sich auch an konkreten Entscheidungen wie der über die derzeit debattierte Entschädigung der NS-Opfer in den baltischen Staaten und der ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiter messen lassen müssen.

Daß diese Rentenzahlungen etwa an deutschstämmige Juden in den damals von den Nazis besetzten Ostgebieten nun endlich – solange überhaupt noch Opfer leben – geleistet werden müßten, hatte die Bundesregierung bereits vor sechs Jahren versprochen. Aus Furcht aber vor einer allzu großen Belastung der Rentenkassen hatte es bis zum Jahreswechsel 95/96 Diskussionen über die Zahlungen gegeben. Kurz vor dem Besuch Weizmanns wurde jedoch betont, man werde die Abkommen, ohnehin erst im Frühjahr 1995 unterzeichnet, schnellstens nun auch im Bundestag ratifizieren.

Die Bewährung gegenüber dem neuen Gedenktag geht aber noch viel weiter. Präsident Weizmann hat dies in Sachsenhausen mit seinem Appell an die Jugend in Deutschland betont: „Lernt